

Dresdner Volkszeitung

Verlag: Leipzig, Wittenberg-Platz, Nr. 206118.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Dresdner Bank, Dresden.

Abonnementpreis: einjährlich 12.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn monatlich 5.75 M. (Einschl. Porto).

Schriftleitung: Wetzlarer Platz 10, Tel. 25 281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.

Anzeigenpreis: die 8 Spalten Monstereile 1.80 M., Familienanzeigen 1.30 M., die 8 Spalten Stammeile 0.50 M. Bei mehrmaliger Aufzählung Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen.

Nr. 101

Dresden, Dienstag den 4. Mai 1920

31. Jahrg.

Auch-Demokraten

Im Leipziger Tageblatt veröffentlicht 20 Herren, die selber der Demokratischen Partei angehört haben, eine Erklärung, worin sie fundiert, daß und weshalb sie in das Streikemann-Lager hinübergewechselt sind. Dabei wird folgendes ausgeführt:

Als kurze Zeit nach dem Ausbruch der Revolution durch Verschmelzung des damals in Leipzig bestehenden Nationalsozialistischen Vereins und des Vereins der Fortschrittlichen Volkspartei die Deutsche Demokratische Partei für Leipzig und Umgebung ins Leben gerufen wurde, sind wir dieser neuen Partei, wie viele unserer Mitbürger und Mitbürgerinnen, in der Erwartung beigetreten, daß sie sich zu einer starken, zwischen der äußersten Rechten und äußersten Linken stehenden und nach festen Zielen geleiteten Mittelpartei entwickeln werde, die für die Gesundung unserer politischen Zustände unentbehrlich ist. Diese Erwartung hat sich nicht erfüllt. Bei der Zusammenarbeit mit den Reichssozialisten, deren Notwendigkeit anerkannt werden muß, hat die Demokratische Partei es nicht verstanden, sich eine ausreichende Selbstständigkeit in der Koalitionsregierung zu wahren, sondern sie hat sich der Führung der Sozialdemokratie nahezu völlig untergeordnet. Sie hat, um nur einige Beispiele zu erwähnen, mit übertriebenem Eifer an den Arbeiten des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Kriegsverbrechen teilgenommen; sie hat eine unläutere Persönlichkeit wie Erzberger lange Zeit in führender Stellung gebildet; sie hat den staatsverderblichen Einfluß der Rechenregierung radikalster Art nicht zu beseitigen vermocht; vor allem aber ist sie vor der Anwendung des Generalstreiks als eines politischen Kampfmittels nicht zurückgeschreckt. Diese Maßnahmen haben schwer schädigende Wirkungen für die Würde Deutschlands, das Ansehen seiner Staatsgewalt und den künftigen Wiederaufbau unserer politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens zur Folge gehabt.

Wir wollen jeder abweichenden ehrlichen politischen Überzeugung, die selbst unter Angehörigen der gleichen Partei zulässig ist, volle Achtung. Aber hier handelt es sich um eine so grundsätzliche und dauernde Verschiedenheit in den Auffassungen, daß wir uns, teils schon im Laufe der Zeit, teils neuerdings, genötigt gesehen haben, aus der Demokratischen Partei auszuscheiden.

Darauf veröffentlicht der Geschäftsführende Ausschuh der Deutschen Demokratischen Partei für Leipzig eine Gegenerklärung, worin betont wird, daß keiner der Unterzeichner seiner abweichenden Meinung innerhalb der Partei geltend gemacht habe, andernfalls würde man die Schwierigkeiten der Koalitionsregierung erkannt haben. Dann wird besonders zur Entkräftung des Vorwurfs, die Partei habe sich der Sozialdemokratie fast völlig untergeordnet, folgendes ausgeführt und dabei kurz zusammengefaßt dargelegt, wie und wo die Demokraten als Block einer freiheitlichen Entwicklung auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete gewirkt haben:

Man wirft ihr (der Demokratischen Partei) Nachgiebigkeit gegenüber der Sozialdemokratie vor, aber daß die Deutsche Demokratische Partei die neue Verfassung in allen ihren Grundzügen geschaffen hat, daß die Verteidigung des Privatigentums, die Verhinderung der allgemeinen Sozialisierung, der Schutz des religiösen Lebens in dieser festgelegt worden ist, scheint ebenso vergessen zu sein wie die Verhinderung des sozialen Zerfalls und Sozialdemokratie seiner Zeit angebotenen Schlußkompromisses und wie die tatsächliche Unterdrückung des Rapp-Waischen. Nur durch unser Zusammenarbeiten mit der Reichssozialdemokratie ist das Zerbrechen des Volkseinkommens aufgehalten und der Zusammenbruch unserer gesamten Volkswirtschaft verhindert worden.

Daß diese Gründe nicht geeignet sind, die Demokratische Partei der Arbeiterkassen zu empfehlen, versteht sich am Rande. Andererseits veranlaßt dieser Meinungswechsel jedoch auch die Schwierigkeiten, die sich heute einer wirklich demokratischen Partei im Bürgerium dann entgegenstellen, wenn sie die demokratischen Grundzüge auch praktisch betätigt. Gleichzeitig werden die Schwierigkeiten einer Koalitionsregierung enthielt, die bei uns infolge der Parteikonstellation doch unüberwindlich ist, wenn die Republik auf eine wirklich parlamentarisch-demokratische Grundlage gestellt bleiben soll. Daß nicht nur im Lager der Demokraten, sondern auch anderwärts die Schwierigkeiten der Koalitionsregierung unerwünschte Streife ziehen, zeigt ja auch die Regierungskrise in Sachsen. Dagegen bleibt im allgemeinen nur ein Mittel anwendbar: Verständnis für die dortigen Bahnen einer Koalitionsregierung zu schaffen. Das erfordert die noch immer am ihr Dasein ringende Republik dringend.

Im übrigen sei noch bemerkt, daß sich unter den übergetretenen Herren in Leipzig kein Mann von politischem Gewicht befindet. Es sind meist Fabrik- und Handwerksmeister, auch ein Stadtverordneter ist darunter. Bemerkbar politisch betätigt hat sich unter ihnen nur der Redakteur Dr. Günther.

Das demokratische Leipziger Tageblatt widmet den Ausgeschiedenen einen längeren Artikel, worin eingehender die schon aus der Gegenerklärung zitierten Argumente dargelegt werden. Zum Schluß wird ausgeführt:

Wir brauchen heute demokratischen und republikanischen Liberalismus oder eine liberale Demokratie neben der Sozialdemokratie. Wir brauchen sie notwendiger als je. Zwar eine legendäre nennenswerte Gefährdung der Demokratie von rechts schiedlich nur in den Berliner und Leipziger Vorgängen nicht, wohl aber bedauern wir, daß diese Fälle von der radikalen Linken ungenutzt werden dürften, indem man den sozialistischen Wählern eine erhebliche Stärkung der Reaktion daraus folgert. Und dadurch könnte die Demokratie von links her noch mehr gefährdet werden als bisher. Demokratie aber ist noch nie vor das einzige, was Deutschland vor den Extremen von rechts und links und vor dem blutigen Zusammenstoß beider retten kann.

Dazu sei nur bemerkt, daß der zuverlässigste Stützpunkt gegen die Reaktion auch in dem bevorstehenden Wahlkampf die Sozialdemokratie sein wird. Diese aber wird unberührt von den Vorgängen im demokratischen Lager den Kampf für eine wirkliche Demokratie, aber auch für Verwirklichung der sozialistischen Ziele führen, die heute erreichbar sind und der bei uns die Demokraten nach ihrem eignen Zeugnis hindernd in den Arm gefallen sind.

Abana von den Franzosen geräumt

Paris, 3. Mai. Laut Petit Parisien meldet Daily Express aus Beirut, daß die französischen Truppen die Stadt Abana geräumt hätten.

Abana, Hauptort des gleichnamigen Vilajets im Südosten Kleinasiens, hat etwa 45000 Einwohner, beherrscht die Zugänge zum Taurus und vermittelt den Handel zwischen Kleinasien und Syrien.

Deutsch-lettischer Vorfrieden

Berlin, 4. Mai. Die Verhandlungen, die seit mehreren Tagen zwischen Vertretern der lettischen Regierung und der deutschen Regierung im hiesigen Auswärtigen Amt über den Abschluß eines Vorfriedens geführt werden, haben, wie das Berliner Tageblatt von lettischer Seite erzählt, unmittelbar vor dem Ende. Man glaubt in den beteiligten Kreisen bestimmt, daß die Verhandlungen zur Unterzeichnung des Vorfriedens führen werden. Beide Parteien haben sich bereits auf den Vertragsentwurf geeinigt, der, wie man annimmt, noch heute unterzeichnet werden wird. Einkommen über den Gefangenenaustausch ist übrigens bereits von den beiden Parteien abgeschlossen.

Die Verhandlungen, die zwischen der russischen Sowjetregierung unter Joffe's Boris und den Delegierten der lettischen Regierung zur Zeit in Moskau über den Abschluß eines Friedens geführt werden, nehmen nicht den erwünschten Verlauf.

Die Polen in Kiew

Warschau, 3. Mai. Associated Press meldet aus Warschau: Die Polen sind am 2. Mai in Kiew eingedrungen.

Englischen Blättern zufolge hat die Sowjetregierung einen Aufruf an die Arbeiter, Landwirte und roten Soldaten gerichtet, in dem es heißt: Sowjetrußland, das Denkin, Kolschak und Judentum befreit hat, ist imstande, mit Feuer und Stahl den Polen und denen, die hinter ihnen stehen, zu beweisen, daß die Zeit, wo das russische Arbeitervolk wehrlos war, zu Ende ist. Ihr könnt den polnischen Großgrundbesitzern und Kapitalisten einen solchen Schlag versetzen, daß sein Echo in allen Hauptstädten der Erde widerhallt.

Söldnerheer oder Miliz?

Von Bernhard Kaufmann

In der Villa de Badam in San Remo wurde in diesen Tagen das Werk von Verriolles fortgesetzt. Zwischen der Regelung der russischen und der Adriatische Frage stand als wichtigster Beratungsgegenstand die Entwaffnung Deutschlands zur Verhandlung. Die vor den verärgerten Thron antichambrierenden Journalisten mühten von stürmischen Sitzungen zu berichten und sicherlich prallten dort die Gegensätze scharf aufeinander. In Frankreich und England hat man sich eine eigene Auffassung über die aus dem Verfall der Vertrag zu ziehenden Vorteile gebildet. Vor allem aber schaffte die Anstellung auf die künftige Weltpolitik eine Menge neuer englisch-französischer Reibungsflächen.

Indessen hat der Reichskanzler, Genosse Müller, es mit Recht abgelehnt, die deutsche auswärtige Politik auf der Hoffnung auf eine Uneinigkeit zwischen den Alliierten aufzubauen. Denn vorläufig handelt es sich lediglich darum, wer von unseren Kriegsgegnern sich die längsten Nerven aus unserer Haut schneidet. Frankreich wünscht eine bevorzugte Stellung bei der Regelung aller Fragen auf dem europäischen Kontinent und ist bereit, England ein gleiches Vorrecht für die Verhandlung aller überseeischen Fragen einzuräumen, wenn England dem vor der Zukunft belagerten Frankreich willig den Preis zahlt: dauernder Schutz vor der deutschen Gefahr und Entwaffnung Deutschlands, die von der gesamten öffentlichen Meinung Frankreichs, von der Action française bis zum Journal du peuple, stürmisch verlangt wird. Es wäre in der Tat naiv, sich vorläufig aus einem Zwist im Lager der Alliierten Nutzen für Deutschland zu versprechen. Italien wird kein Geschäft an der Adria machen, England wird das Protektorat über Arabien übernehmen und die französische Eiferstucht mit der Entwaffnung Deutschlands beschwichtigen.

Der Friedensvertrag, der uns ein Söldnerheer von 100000 Mann aufzwingt, behauptet zwar, daß die Wehrlosmachung Deutschlands lediglich der erste Schritt zur allgemeinen Begrenzung der Rüstungen sei, die zu den ersten Pflichten des Völkerbundes gehören werde. Nun hat niemand mehr Anlaß, das von Ovid besungene goldene Zeitalter des ewigen Friedens, wo es weder Pein noch Schwert gibt, herbeizujucheln, als das durch den Weltkrieg so furchtbar grauenvolle deutsche Volk. Und wenn der von der Entente erwiesene Weg wirklich zur allgemeinen Abrüstung führen sollte, so würde das niemand mehr begründen als wir.

Der bisherige Verlauf der Weltereignisse läßt jedoch

Stadtrat Bud sächsischer Ministerpräsident

Die Volkstammer nahm in ihrer heutigen Sitzung die Wahl des neuen Ministerpräsidenten vor. Von 96 Abgeordneten waren 90 anwesend. Es erhielt Stadtrat Bud 62 Stimmen, der damit gewählt ist. Kurzherd erhielt der Deutsche nationale Abgeordnete Hermann 12 Stimmen und der Unabhängige Rente 1 Stimme.

Neueste Telegramme

Bankstreik in Breslau

Breslau 3. Mai. Die Bankangestellten Schließung stellen die Arbeit ein. Der Breslauer Schließungsstreik ist nach Ansicht der Arbeiter bereits jetzt rechtserblich.

Ausstände im Wuppertal

Elberfeld, 3. Mai. Die Tagelöhner der großen Werke des Wuppertales sind in den Fußland getreten.

Die Palästina-Deutschen

Berlin, 3. Mai. (Nachdruck von Herz des Dampfes Anpreis.) Die mit dem deutschen Konsulatsrat in Jerusalem bestehenden Palästina-Deutschen, 72 Männer, 115 Frauen und 97 Kinder, treffen voraussichtlich Donnerstag in Hamburg ein.

Ein Mittiges Fußballwettbewerb

Rom, 4. Mai. Bei einem Fußballwettbewerb in Vercelli kam es zu Streitigkeiten zwischen den Spielern und der einflussreichen Polizei. Eine Partie wurde gestrichelt. Die Menge entloste die Polizei und wurde erst durch verhaftete Polizei wieder zur Ordnung gebracht.

Die polnische Offensive

Warschau, 1. Mai. Nach einem Generalstabbericht: haben die Polen u. a. Verbitischen und Kasiatin besetzt. Bei letzterer Besetzung wurden 2000 Gefangene gemacht.

Amsterdam, 4. Mai. Die Times melden aus Warschau, daß laut Meldung des Generalstabs seit Beginn der polnischen Offensive 25000 Gefangene gemacht und viel Kriegsmaterial erbeutet wurde.

Wie aus Warschau gemeldet wird, wurde zwischen Polen und der Ukraine ein Grenzabkommen abgeschlossen.

Die Verteilung der deutschen Flotte

Amsterdam, 4. Mai. Im englischen Unterhaus wurde mitgeteilt, daß die ausgetretenen deutschen Kriegsschiffe folgendermaßen verteilt werden: England erhält 30 Schiffe und 124 U-Boote, Frankreich 2 Kriegsschiffe und 38 U-Boote, Japan und Amerika je 2 Kriegsschiffe und 3 Italien 1 U-Boot.